V-28 Für ein Europa, das schützt. Den Plänen von CDU/CSU und AfD zur Abschaffung des Menschenrechts auf Asyl in Europa entschieden entgegentreten.

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 04.05.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 10 Verschiedenes

1 Als Landesverband Berlin von Bündnis 90/Die Grünen verurteilen wir die
2 rechtspopulistische
3 Forderung der CDU/CSU, alle Menschen, die in Europa Asyl beantragen, nach Ruanda
4 oder
5 anderswo abzuschieben: „Jeder, der in Europa Asyl beantragt, soll in einen
sicheren
Drittstaat außerhalb der EU gebracht werden und dort ein Verfahren durchlaufen“
(Europawahlprogramm der CDU/CSU vom 11.03.2024, S. 7).

6 Die CDU/CSU übernimmt damit eine Forderung der AfD: „Falls Asylbewerber trotz des
7 Grenzschutzes nach Deutschland gelangen, müssen ihre Asylverfahren in einem dazu
8 bereiten
9 Drittstaat durchgeführt werden, wo sie im Falle der tatsächlichen
Schutzbedürftigkeit auch
Aufnahme finden („Ruanda-Modell“)“ (Europawahlprogramm der AfD vom 06.08.2023, S.
14).

10 Die Europawahlprogramme von CDU/CSU und AfD sind in asylpolitischer Hinsicht
11 evident
12 rechtswidrig. Das leitet sich bereits aus einer Intervention des Europäischen
13 Gerichtshofs
14 für Menschenrechte zum Schutz eines Asylsuchenden in Großbritannien vor
15 unmittelbarer
16 Abschiebung nach Ruanda ab (vgl. European Court of Human Rights, Pressemitteilung
17 vom
18 14.06.2022: *Interim measure in case concerning asylum-seeker's imminent removal*
19 *from the UK*
20 *to Rwanda*). Um entsprechende Interventionen des Europäischen Gerichtshofs für
Menschenrechte
künftig ignorieren zu können, prüft die rechtskonservative britische Regierung
gegenwärtig
einen Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Menschenrechtskonvention

(vgl. Steffen

Angenendt et al., *Die Externalisierung des europäischen Flüchtlingsschutzes. Eine rechtliche, praktische und politische Bewertung aktueller Vorschläge*, Berlin:

Stiftung

Wissenschaft und Politik, SWP-Aktuell Nr. 12 vom 05.03.2024, S. 5).

21 Den britischen Sonderweg in der Menschenrechts- und Europapolitik dürfen und
22 werden wir in
23 Deutschland nicht gehen. Als Bündnisgrüne kämpfen wir für eine Europäische Union,
24 die den
25 Zugang zum Menschenrecht auf Asyl garantiert. Der Asylantrag von Menschen, die in
26 der EU
ankommen oder bereits hier sind, muss in Europa inhaltlich geprüft werden. Die
rechtspopulistischen Forderungen von CDU/CSU und AfD zur faktischen Abschaffung
des
Menschenrechts auf Asyl in Europa lehnen wir ab.